

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 41-4 vom 9. April 2014

Rede des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller,

zum Haushaltsgesetz 2014
vor dem Deutschen Bundestag
am 9. April 2014 in Berlin:

Frau Präsidentin, es ist mir eine besondere Freude!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Entwicklungspolitik hat unter dieser Regierung, unter der Regierung Merkel, einen besonders hohen Stellenwert. Wir legen mit der beschlossenen Steigerung heute den höchsten Etat in der Geschichte des BMZ vor.

Mein Vorgänger hat mir eine ODA-Quote von 0,37 Prozent hinterlassen, mit abfallenden Finanzierungsansätzen für 2015 bis 2017. Die Haushaltspolitiker wissen dies genau. Diese Delle – manche nennen sie die Nebel-Delle – gleichen wir aus und setzen erhebliche Mittel obendrauf.

Außerdem steigen die Verpflichtungsermächtigungen um 2,7 Milliarden Euro auf 7,55 Milliarden Euro.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei all jenen, die in den Koalitionsverhandlungen dazu beigetragen haben, aber insbesondere bei den Haushältern herzlich dafür bedanken, dass wir dieses Ergebnis erzielen konnten. Ich hoffe, dass wir das in den Haushaltsberatungen bis zur zweiten Lesung umsetzen können. Danke schön!

Die Entwicklungszusammenarbeit ist erfolgreich, wirksam und effizient. Wir arbeiten heute in der Welt mit 70 Ländern zusammen. Ich möchte mich an dieser Stelle auch ganz herzlich bei all unseren Expertinnen und Experten weltweit bedanken, denen ich zum Teil begegnet bin: von der GIZ, von UNICEF, von der Welthungerhilfe, den Kirchen, dem Roten Kreuz und den privaten Organisationen, von den Hunderten, ja Tausenden Organisationen der Zivilgesellschaft, die ein breites Spektrum abdecken. Vielen herzlichen Dank allen, die in der Welt großartige Arbeit leisten. Ich sage Ihnen: Diese Menschen freuen sich, dass wir für unsere Arbeit im Wesentlichen die Unterstützung aller Parteien im Bundestag haben.

Die Welt steht vor gewaltigen Herausforderungen, und Entwicklungspolitik heute ist eine Investition in die Zukunft, den Frieden, Herr Verteidigungsstaatssekretär, und das Leben. Allein 25.000 Kinderherzen haben heute aufgehört zu schlagen, weil diese Kinder nichts zu essen hatten, keine Medikamente bekommen haben, nicht geimpft wurden oder kein sauberes Trinkwasser hatten. Für uns ist dies alles unvorstellbar. Ich will Ihnen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne, die Sie gerade Ihre Frühjahrsdiät in der Fastenzeit machen, um Ihr Übergewicht zu verlieren, jetzt kein schlechtes Gewissen einreden, aber es stellt sich schon die Frage, warum wir, die 20 Prozent der Menschheit auf der Sonnenseite des Lebens, unter anderem hier in Europa und in Deutschland, uns herausnehmen, 80 Prozent des Wohlstandes, des Besitzes und der Ressourcen für uns zu beanspruchen. Dies müssen wir hinterfragen.

25.000 Kinderherzen haben heute aufgehört, zu schlagen, aber 250.000 Menschen sind heute neu auf der Welt. Es gibt pro Jahr 80 Millionen Menschen mehr. Man kann diese Zahlen kaum fassen. Die Bevölkerung Afrikas wird sich in den nächsten 50 Jahren verdoppeln. Die Bevölkerungszahlen in Europa stagnieren. Manche sagen, wir vergreisen. Die Bevölkerung in Asien wächst auf vier bis fünf Milliarden auf. Dies bringt gewaltige Herausforderungen mit sich: 30 Prozent mehr Wasser, 40 Prozent mehr Energie und 50 Prozent mehr Nahrung bis 2030. Aber ich sage Ihnen: Diese Herausforderungen sind mit der Entwicklungspolitik, mit der Entwicklungszusammenarbeit zu lösen. Wir machen uns an die Arbeit.

Dabei muss Nachhaltigkeit unser Prinzip aller Entwicklungen sein. Ökonomisch muss das Ziel die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch sein.

Ich habe heute ein aktuelles Bild aus Peking von meinem Sohn bekommen, der gerade dort ist. Die Sicht dort beträgt unter zehn Meter. Ich könnte meinen Staatssekretär Fuchtel, der in den Reihen der CDU/CSU sitzt, trotz aller Mächtigkeit und aller Breite nicht sehen, ohne Scheinwerfer einzuschalten. Das ist heute die Smogsituation in Peking, und das hat natürlich gewaltige Auswirkungen auf unser Klima weltweit. Deshalb sage ich: Wir benötigen weltweit verbindliche ökologische und soziale Standards.

Ich habe vergangene Woche das Thema Textilwirtschaft angesprochen. Wir setzen hier ein wichtiges Signal. Ich lade die deutsche Textilwirtschaft ein – ich hoffe, dies wird gelingen –, mit Blick auf den Jahrestag des Fabrikeinsturzes in Bangladesch mit uns ein Textilsiegel umzusetzen, das ökologische und soziale Standards auch für die Näherinnen in Vietnam und in Bangladesch setzt.

Ich möchte auch auf Folgendes hinweisen: Dazu gehört auch die weltweite Durchsetzung des Verursacherprinzips und der Wahrheit über die tatsächlichen ökologischen Kosten des Transports. Wir können darüber diskutieren, wie wir das in der Zukunftscharta konkret umsetzen. Der unbegrenzte Freihandel, der für viele die Vision ist, ist nicht unsere Vision. Der Markt braucht Grenzen und Regeln. Ich knüpfe an das an, was die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages vor Jahren erarbeitet hat: Wir brauchen die Standards einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, und diese gilt es weltweit, bei der WTO, dem IWF, bei der Weltbank, bei der ILO, aber auch im Freihandelsabkommen mit den USA, zu verankern.

Unsere Entwicklungspolitik ist wertegebunden. Das heißt, jeder Mensch hat das unteilbare Recht auf Leben, auf Würde, auf Nahrung, auf Wasser und auf die Einhaltung grundlegender Grundrechte. Wir können und werden helfen, bestehende Probleme zu lösen. Die Entwicklungszusammenarbeit und -politik ist erfolgreich. Die Menschen fragen uns aber: Liebe Haushälter, haben eure Ausgaben einen Sinn? Ich bin nun 120 Tage im Amt, und überall werde ich gefragt: Du bringst Millionen nach Mali oder in den Südsudan, zum Beispiel in ein Flüchtlingscamp. Hat das denn einen Sinn? Wie wirkt sich das aus? – Wir müssen den Menschen vermitteln, dass es Sinn macht und wir erfolgreich sind.

Ich möchte ein paar Zahlen zum Thema Hunger nennen. Trotz der täglich wachsenden Bevölkerung hat sich das Vorkommen von Armut und Hunger statistisch gesehen seit 1990 halbiert. Das ist schon ein großartiger Erfolg der Entwicklungszusammenarbeit weltweit.

Ich komme zum Thema Gesundheit, Seuchen und Krankheiten. Seit 1990 hat sich die Mutter-Kind-Sterblichkeit weltweit um 50 Prozent reduziert. Die HIV-Quote hat sich um 22 Prozent verringert. Die Polio-Quote liegt praktisch bei null. Die Anzahl der Malaria-Erkrankungen, insbesondere in Afrika, hat sich um 25 Prozent verringert. Das ist alles eine Folge großer Anstrengungen. An dieser Stelle möchte ich natürlich die großen Impfkampagnen und -aktionen nennen. Deshalb, verehrte Haushälter, bitten wir um Unterstützung: Wir wollen und werden den Globalen Fonds, den GFATM, verstärken.

Sie haben vorgeschlagen, dass zusätzliche Mittel in Höhe von 40 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Wir haben für die nächsten drei Jahre eine entsprechende Zusage gegeben. Frau Kofler, Sie haben das stark unterstützt. Ich glaube, das Geld kommt genau da an, wo es notwendig ist – bei den Menschen und insbesondere den Kindern.

Wir werden den GAVI-Fonds für Spezialisten weiter ausbauen, wenn die Haushälter das akzeptieren. Wir werden aber auch die bilaterale Bereitstellung von Mitteln für Impfkampagnen weiter erhöhen.

Kommen wir zum Thema Kriege, Bürgerkriege und Konflikte. Wir haben soeben den Verteidigungshaushalt diskutiert. Wenn man nach Afrika schaut, sieht es so aus, als wenn nur gekämpft würde und es nur Kriege, Konflikte und Katastrophen gäbe. Dies ist aber nicht der Fall. Seit 1990 hat sich die Anzahl der Toten durch Kriege und Bürgerkriege von 200.000 auf 50.000 im Jahr reduziert. Diese Zahlen sind natürlich nach wie vor schrecklich. Sie sehen aber, dass sich in der Welt und insbesondere in Afrika einiges bessert.

Die Koalition hat sofort gehandelt. Wir haben auch sofort Schwerpunkte gesetzt. Wir investieren 160 Millionen Euro in die drei Sonderinitiativen „Eine Welt ohne Hunger“,

„Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtlinge reintegrieren“ und „Stabilisierung in Nordafrika und dem Nahen Osten“ sowie in den Klimaschutz.

Entwicklungszusammenarbeit leistet Friedens- und Versöhnungsarbeit. Wir stärken die Konfliktprävention. Deshalb unterstützen wir auch die Arbeit der Afrikanischen Union in genau diesem Bereich. Wir fördern den Religionsdialog. Wir entwickeln in unseren Partnerländern Rechtskultur und unterstützen den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit. Wir schützen Kinder, Frauen und Menschenrechte. Erstmals setzen wir mit einer Sonderinitiative zur Beseitigung des Flüchtlingseleids einen eigenen Schwerpunkt.

Frau Roth, Sie haben einige Camps besucht. Wir müssen uns der Frage der Reintegration dieser Menschen stellen. Wer soll und wird diese Arbeit leisten? Unsere Finanztitel sind dazu nicht ausreichend. Wir müssen hierzu eine Zukunftsstrategie entwickeln.

Ich war mit einigen von Ihnen zu Besuch in den Camps im Südsudan, an der syrischen Grenze und in der Zentralafrikanischen Republik. Man schaut in den Himmel, wenn man leuchtende Kinderaugen sieht, aber man schaut in die Hölle, wenn man das Elend sieht, in denen diese Kinder leben müssen. Sie haben dennoch Hoffnung auf ein besseres Leben und auf eine bessere Zukunft. Dabei bauen diese Menschen insbesondere auf uns. Wir werden sie nicht vergessen. Mein Respekt und Dank gilt allen, die zwischen den Fronten kämpfen und helfen.

Ich möchte noch einmal Syrien ansprechen. Die Menschen dort befinden sich in einer besonders dramatischen Lage. Das humanitäre Völkerrecht muss gelten. Wir brauchen einen weltweiten Aufschrei. Eine Rettungsaktion für das syrische Volk muss eingeleitet werden. Hier spielt sich vor unseren Augen die größte humanitäre Katastrophe seit Jahrzehnten ab. Das darf und kann nicht sein. Wir sprechen hier nicht wie beim Südsudan oder bei der Zentralafrikanischen Republik von 1.000 oder 2.000 Toten, wir sprechen hier von 120.000 oder 140.000 Toten. Assad muss seine Grenzen für humanitäre Hilfe öffnen. Die Welt darf sich nicht mit dem heute diskutierten Abzug von Chemiewaffen zufriedengeben. Wir haben dazu einen begleitenden Militäreinsatz beschlossen – das unterstützen wir –; aber wo bleibt ein Beschluss der Weltgemeinschaft

und auch Europas zu humanitärer Hilfe für zehn Millionen flüchtende, sterbende, hungernde Syrer?

An dieser Stelle wird sehr deutlich: Weder im Südsudan noch in der Zentralafrikanischen Republik ist ein militärisches Mandat ausreichend. Ein militärisches Mandat muss eingebettet sein in einen ganzheitlichen Prozess. Wir brauchen einen ganzheitlichen, vernetzten Ansatz. Vernetzte Entwicklungspolitik heißt für mich: humanitäre Hilfe, Stabilität, technischer Wiederaufbau, staatliche Strukturen. Ich sage an dieser Stelle: Militär allein schafft noch keine Lebensperspektive. Deshalb muss für alle zukünftigen Mandate die Gleichwertigkeit zwischen den zivilen – der Entwicklungszusammenarbeit – und den militärischen Komponenten gelten.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist immer umfassend gefordert; das zeigt das Beispiel Afghanistan. Ich bin mit Blick auf Afghanistan optimistisch; aber ich sage hier auch in der Haushaltsdebatte: Im Haushalt 2015 müssen wir die Mittel für Afghanistan verstärken. Mit 230 Millionen Euro für die EZ sind die Aufgaben, die auf uns zukommen, nicht zu lösen.

Meine Botschaft an dieser Stelle ist nicht Resignation, sondern Aufbruch, neues Denken und Mut, Investitionen in Zukunft, Frieden und das Leben. Meine Überzeugung ist: Heute, im 21. Jahrhundert, könnten und können wir die Probleme lösen, wenn wir mutig anpacken. Der Planet schenkt uns die Lebensgrundlagen wie Wasser, Boden, Sauerstoff, Ressourcen für zehn Milliarden Menschen; das sagen alle Wissenschaftler. Warum müssen dann täglich 25.000 Kinder verhungern? Warum liefern wir nicht unser Wissen, Technik, Innovation? Die Wissenschaft stellt uns das Wissen bereit. Zusammen mit angewandter Technik können wir heute Lösungen verwirklichen.

Ich möchte am Schluss darauf hinweisen: Ich habe am 1. April zusammen mit vielen von Ihnen den Prozess zur Entwicklung einer gemeinsamen Zukunftscharta „EINE-WELT – Unsere Verantwortung“ gestartet. Wir laden die Zivilgesellschaft – alle Schüler, Schülerinnen, Jugendgruppen, jeden, der mitmachen will – zu einem Onlinedialog ein. Entwicklungszusammenarbeit ist spannend und geht alle an. Wir laden Sie ein, mitzumachen, 2014 mit uns die Weichen zu stellen für 2015 und die Zukunft. Meine lieben Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne, vielleicht schicken Sie uns morgen

direkt eine Mail, bringen Ihre Ideen ein. 2015 werden wir ein neues Klimaabkommen verabschieden, die G7- oder G8-Präsidentschaft in Deutschland haben, die Fortschreibung der Millenniumsziele hier diskutieren und verabschieden. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung, einen breiten gesellschaftlichen Dialog, zu dem wir Sie einladen. Gemeinsam sind wir stark. Gemeinsam werden wir erfolgreich sein. Das Parlament hat das letzte Wort beim Haushalt. Herzlichen Dank an alle Haushälter und Kolleginnen und Kollegen für die freundschaftliche und partnerschaftliche Zusammenarbeit!

* * * * *